

Voller Tapezierer u. Portefeuller-Zeitung

Organ

des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuller-Verbandes

Inserate kost. die sechsersp. Nonp.-Zeile 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Brüdenstraße 10 b^{III}

Verbreiter: Amt Vorplatz Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

Wie stärken wir den Verband?

Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands lastet schwer auf der deutschen Arbeiterschaft. Nach jahrelanger Entlohnung mit Papiergeld von schwankender sehr niedriger Kaufkraft brach mit Einführung und Festigung der heutigen Währung die unsolide Konstruktion der deutschen Wirtschaft zusammen. Zunächst ging der Bedarf des inneren Marktes zurück. Die äußerst niedrigen Löhne minderten die Kaufkraft der großen Massen der Arbeiter. Dazu kommen die immer mehr um sich greifenden Betriebsstörungen. Waren doch bei der Ermittlung für Ende Juli 14,2 Proz. der Verbandsmitglieder vollständig erwerbslos und weitere 26 Proz. Kurzarbeiter gemeldet.

Diese Entwicklung der Verhältnisse ist auch an unserer Organisation nicht spurlos vorübergegangen. Die Mitgliederzahl hat sich gegenüber dem Höchststand des Jahres 1923 um rund zehntausend verringert. Die überlange Arbeitslosigkeit hat viele Kollegen und Kolleginnen zu anderen Beschäftigungsmöglichkeiten übergeben lassen. Sie sind dadurch in andere Verbände abgewandert. Sehr viele hat dagegen die fürchterliche Not gegen ihre Organisation gleichgültig werden lassen, und diese gilt es unter allen Umständen wiederzugewinnen. In allen Orten müssen die Vorbereitungen getroffen werden zu einer durchgreifenden Agitation. Meistens versprechen die Kollegen darunter die Einberufung einer Versammlung mit einem Referenten, möglichst von auswärtigen Gewerkschaften, auch das gehört dazu, wird aber meistens wirkungslos bleiben, wenn nichts vorhergegangen ist. Jeder Ort, jeder einzelne Betrieb, in dem unsere Kollegen und Kolleginnen beschäftigt sind, muß planmäßig bearbeitet werden. Unterlagen über die Betriebe und die darin geltenden Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen müssen gesammelt werden. Selbst in mittleren und kleinen Orten ist die Ueberlicht darüber oft sehr mangelhaft. Wenn man agitieren, aufbauen, bessern will, muß man die Schäden voll erkennen, muß vor allen Dingen eine genaue Ueberlicht über die in Betracht kommenden Betriebe und die darin beschäftigten Kollegen und Kolleginnen haben. Ist so gründliche Vorarbeit geleistet worden, so wird auch eine einberufene Agitationsversammlung nicht wirkungslos verpuffen. Dem Vortrag des Referenten muß sich eine gründliche Aussprache anschließen.

Nur wenn alle Wunden und Fehler erkannt werden, kann man erfolgreich zur Heilung derselben schreiten. Die Aussprache muß in ruhiger, sachlicher Form vor sich gehen, damit den Kollegen wieder das Vertrauen und die Zuversicht gestärkt wird zu der heilsamen Kraft einer stetigen und unbeeinträchtigten Gewerkschaftsarbeit.

Aber damit darf die Werbearbeit nicht beendet sein, sondern nun muß sie erst richtig beginnen. Jetzt gilt es, das in den Versammlungen Gehörte nutzbar zu machen. Die Versammlungsteilnehmer müssen es durchdenken, mit den Kollegen darüber sprechen. Die für unseren Verband zu gewinnenden Kollegen und Kolleginnen müssen mit dem Organisationsgedanken vertraut gemacht werden, damit sie das Falsche ihres Arbeitslebens erkennen und wieder treue Verbandsmitglieder und verlässliche Mitkämpfer werden. Die Werbeversammlungen sollen vor allem dazu dienen, die Mitglieder aufzuklären über den Zweck unserer Verbandsarbeit und die Notwendigkeit, daß alle Berufsverwandten daran teilnehmen. Den Versammlungen, und seien sie noch so gut besucht, wohnt fast ausschließlich nur ein Teil der Kollegen und Kolleginnen bei. Selbst unter diesen wird es Schwankende und Zweifelhafte geben.

Alle diese Kreise dem Gewerkschaftsgedanken näherzubringen, sie so damit zu erfüllen, daß ihnen nichts über die Gewerkschaft geht, muß Aufgabe der zu entfaltenden Werbearbeit für unseren Verband sein. Niemals war reiflicher Zusammenschluß notwendiger als jetzt. Die Arbeitgeber sind drauf und dran, die gegenwärtige Krise auszunutzen, um alle

bisherigen Errungenschaften zu beseitigen oder zu verschlechtern. Der in Nr. 25 unserer Zeitung enthaltene Bericht über die Ausperrungen und Streiks im ersten Halbjahr 1924 gibt uns ein Bild der stattgefundenen Kämpfe, die alles bis dahin Dagewesene an Umfang und Härte übertrreffen. Unsere Mitglieder haben bemerkt, daß sie nicht gewillt sind, sich unterliegen zu lassen. Unser Verband soll die Angriffe der Unternehmer abwehren, er soll verhindern, daß die sozialen Errungenschaften beseitigt werden, sondern soll alles daransetzen, dieselben auszubauen.

Das kann der Verband nur, wenn er möglichst alle Berufsangehörigen umfaßt. Es gibt Kollegen, die sich sagen, was der Verband erringt, kommt allen zugute, wozu also Beiträge zahlen, das beforgen ja die anderen. Die Vorgänge der letzten Zeit sollten diesen Kollegen eine ernste Mahnung sein. Jeder einzelne besinne sich und prüfe sich selbst.

Jedenfalls war die nun seit der Stabilisierung vergangene Zeit für alle Arbeiter und Arbeiterinnen eine Zeit der eindringlichen und harten Lehre. Der von der Staatsmacht gestützte Angriff der Unternehmer auf den Achtstundentag, ihr Druck auf die Löhne, ihr Bestreben, die Preise unter allen Umständen hochzuhalten, was die breite, nichtbesitzende Volksmasse auch bis zum äußersten veretenden, dazu ihre Feindschaft gegen wirkliche Sozialpolitik, alles das muß jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin die Ueberzeugung einhämmern, daß sie rettungslos verloren sind, daß sie den nächsten Winter verhungern, wenn sie nicht einka und geschlossen zusammenstehen in der Gewerkschaft ihres Berufes.

Die Kämpfe der letzten Monate haben den Unternehmern gezeigt, daß trotz aller Schwierigkeiten noch der alte Kampfesgeist lebt. Laßt uns nicht darin erlahmen. Heberall dort, wo Lausbüt und Indifferenz einsetzte, haben es die Kollegen am eigenen Leib bitter zu spüren bekommen. Darum laßt uns unsere ganze Kraft einsetzen für die Werbearbeit. Je mehr und je eifriger unsere Mitglieder sich dieser Arbeit hingeben, desto leichter werden die Schäden zu beseitigen sein, die stellenweise eingerissen sind. Keine Zusammenkunft von Kollegen sollte vorübergehen, ohne daß die Frage erörtert wird: Wie können wir an der Stärkung unseres Verbandes arbeiten? Hausagitation, Nachtafferung rückständiger Kollegen, alle derartigen Arbeiten müssen mit neuem Fleiß wieder aufgenommen werden. Jedes in Arbeit stehende Mitglied erfülle treu seine Beitragspflichten. Das gebietet die Solidarität.

Aus dem überfälligeren Nachgedacht der Unternehmer haben wir die Erkenntnis zu schöpfen, daß heute mehr als je der Neuaufbau unserer Organisationen nötig ist. Es wohnt genug lebendige Kraft in uns, an uns wird es liegen, sie gehörig anzuwenden.

Darum an die Arbeit.

Die Gewerkschafts-Zeitung.

Das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist die Gewerkschafts-Zeitung. Nachdem die übrigen Folgen der Infanzionszeit überwunden sind, hat der Inhalt des Bundesorgans wieder so ausgestattet werden können, daß er für die Funktionäre der Gewerkschaften, namentlich für alle die, die nicht in der Lage sind, die Neuercheinungen auf dem großen Gebiete der Literatur zu verfolgen, eine nicht zu entbehrende Quelle ist, aus der sie schöpfen müssen, wenn sie sich auf der Höhe halten wollen. Eine Zeitung kann nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie gelesen wird, geschieht das nicht in hinreichendem Maße, dann ist es schade um die dafür aufgewendeten Mittel. Wir dürfen aber keine Mittel ungenutzt lassen, die geeignet sind, unsere Bewegung zu fördern, wenn sie zur Verfügung stehen. Mitbin müssen wir dafür sorgen, daß mindestens unsere Funktionäre die Gewerkschafts-Zeitung lesen und sich mit ihrem Inhalt vertraut machen.

Der A.D.G.B. hat fast in allen größeren Orten in Deutschland Ortsstellen oder Gewerkschaftskommis-

sionen als zentrale Vertretung der örtlichen Berufsorganisationen. Das Ortsstellen ist daher auch die gegebene Stelle, von welcher aus die Gewerkschafts-Zeitung am schnellsten in die Hände der Funktionäre der einzelnen Gewerkschaften gebracht werden kann. Voraussetzung ist selbstverständlich, daß jede Gewerkschaft dem Stellen angehört und daß die erforderliche Organisation vorhanden ist. Sofort nach der Drucklegung, die jeden Freitag erfolgt, wird die Zeitung in der benötigten Anzahl an jedes Ortsstellen durch den A.D.G.B. verandt, die Zeitung kann spätestens am folgenden Montag in allen Orten sein, wo sie ausgegeben wird. Wenn die einzelnen Verbände die Gewerkschafts-Zeitung selbst mit expedieren, dann kann sie nur mit einer Verzögerung von 4 bis 5 Tagen in die Hände der Leser gelangen, weil die Verbände fast alle erst Mittwoch und Donnerstag expedieren.

Wer daher Wert darauf legt, die Gewerkschafts-Zeitung möglichst aktuell zu erhalten, muß sie vom Ortsstellen beziehen. Verwaltungsstellen, an welchen ein Ortsstellen nicht besteht, können die benötigten Exemplare beim A.D.G.B. bestellen.

Nachdem die Betriebsrätezeitung ihr Erscheinen eingestellt hat, ist der Inhalt der Gewerkschafts-Zeitung so ausgestattet worden, daß er auch für die Betriebsräte eine Informationsquelle bildet. Es ist daher unbedingt anzustreben, daß auch die Betriebsräte die Gewerkschafts-Zeitung erhalten.

Schon sehr oft ist daran erinnert worden, daß sich in den letzten Jahren in der Arbeiterbewegung eine recht große Verflachung breit machte. Viele Arbeiter glauben es nicht mehr nötig zu haben, ihr Wissen zu vervollkommen und zu vertiefen. Was wir auch von der Zukunft erhoffen und erwarten, keinesfalls dürfen wir die Arbeit vernachlässigen, die die Gegenwart von uns fordert. Und die Gegenwart fordert dringend von uns, daß wir uns rüsten, um den Kämpfen, die uns drohen, gewachsen zu sein. Leider ist gerade an Orten, wo man sich sonst als Pfadfinder und in der Rolle des Behrmeisters gefällig, in bezug auf die Vertiefung der gewerkschaftlichen und sozialen Kenntnisse unter den Mitgliedern, so gut wie nichts getan worden. Der Verbandsvorsitz hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß den Mitgliedern die gewerkschaftliche Literatur zugänglich gemacht wird, und muß verlangen, daß alle Verwaltungsstellen ihn dabei unterstützen.

Es besteht der Verdacht, daß in verschiedenen Verwaltungsstellen arg gekündigt wird, wir wollen hier nicht näher darauf eingehen. Hoffentlich haben die Orte einmal selbst Einsehen und prüfen, was sie getan und was sie unterlassen haben. Es wird sich dann herausstellen, daß das meiste unterblieben ist, was hätte getan werden müssen.

Um das Borenthalten der gewerkschaftlichen Literatur gegenüber den Mitgliedern zu begründen, genügt die Behauptung keineswegs, daß der Inhalt nichts taugt. Wer sich anmaßt, sein Hirn sei allein in stande, darüber zu befinden, was den Mitgliedern zur Lektüre taugt oder nicht, labet eine Verantwortung auf sein Haupt. Die Arbeiterbewegung ist nicht aus dem Hirn eines Menschen geboren worden, sie ist das Resultat einer Entwicklung. Und weil dem so ist, wird sie sich nur in Anlehnung an die moderne Entwicklung weiterentwickeln. Einzelne Menschen können wohl zeitweilig alles verwirren, indem sie gegebene Zeitumstände geschickt ausnutzen; dauernde Erfolge sind nur zu erzielen durch systematische, gewissenhafte Organisationsarbeit, indem man die Mitglieder in jeder Beziehung aufklärt und ihr Denken anregt.

Wir haben unsere Mitglieder vor allen Dingen dahin zu bringen, daß sie nicht die nächstliegenden Pflichten vernachlässigen, die zur Selbsterhaltung erfüllt werden müssen und utopischen Zielen anhängen. Man kann sehr wohl eine vollkommenere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erstreben, braucht deshalb aber noch lange nicht die Kleinarbeit, die nun einmal notwendig ist, zu vernachlässigen.

Noch einmal kurz zusammengefaßt, kommt alles darauf an, daß vor jetzt an dafür gesorgt wird, daß

möglichst alle Mitglieder unter Verbandsorgan lesen, und sei es im Austausch durch Weitergabe. Des weiteren, daß möglichst alle Funktionäre, Verwaltungsgangstellenmitglieder und Betriebsräte in den Besitz der Gewerkschaftszeitung gelangen.

Wer weiter strebt, muß auch das neue wissenschaftliche Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes „Die Arbeit“ lesen. Jede Verwaltungsstelle soll mindestens ein Exemplar für 2,40 M. pro Quartal abonnieren, damit die Mitglieder sich informieren können. Ohne gleichzeitige theoretische Weiterbildung über das ganze große Gebiet der Wirtschaft und der sozialen Verhältnisse und allem was damit zusammenhängt, können wir auch in der Praxis keine Siege erringen.

Für die Gewerkschaften ist die Zeit ganz besonders ernst. Die Arbeitgeber arbeiten mit Hochdruck, um die öffentliche Meinung gegen die Gewerkschaften aufzuhetzen und alle Schuld an der Misere, in der sich die deutsche Wirtschaft befindet, den Gewerkschaften aufzubürden. Man droht und handelt, wie die unzähligen Ausperrungen und Streiks, die sich täglich abspielen und wiederholen, bezeugen. Im Vordergrund steht das Arbeitslosenproblem, die Arbeitszeit - Lohn- und Tariffragen, Arbeiterschutz, Sozialgesetzgebung, Wohnungsfrage uvm.

Die Gewerkschaft bedarf daher dringend geachteter, gut unterrichteter Kämpfer. Daher ist es unsere Pflicht, die Verwaltungsstellen ebenso ernst wie dringend zu bilden, diese Stellen nicht nur flüchtig zu lesen und das Befragte dann einfach unbedacht zu lassen. Es ist unbedingt notwendig, daß wieder Zug in unsere Gesamtbewegung hineingebracht wird. Nach es klar, daß heute nur intensifste Kollektiv- und Zusammenarbeit etwas Lütliches zustande bringen kann. Jeder einzelne muß ein tüchtiges Glied in der Kette sein, nur dann wird sie jedem Drucke standhalten. Verlassen wir uns nicht auf ein paar tüchtige, hervorragende Redner; die Erfahrung hat gezeigt, daß diese im entscheidenden Moment gar nichts gelten können, wenn die Masse der Menschen selbst nur ein hohes Gefäß ist, in dem nichts drin steht. Tüchtige Menschen müssen wir heranzubilden wissen, diese erst sind die Gewähr dafür, daß unsere Wünsche und Ziele mit der Zeit verwirklicht werden mit der Aussicht, daß sie dauernd und nicht nur vorübergehender Bestitand werden.

Wie kann die Krisis der Landwirtschaft - ohne Schutz Zoll - behoben werden?

Die gegenwärtige Krisis der Landwirtschaft beruht in der Hauptsache auf zweierlei Ursachen. Die eine ist die, daß die Landwirtschaft im Anfang des Jahres größere Zahlungen zu leisten hatte, ohne zugleich über größere Einnahmen zu verfügen. Im Gegensatz zu fast allen anderen Wirtschaftszweigen hat die Landwirtschaft nur einmal im Jahre ihre Haupterträge, nämlich zur Zeit der Ernte. Die plötzlichen Zahlungsverpflichtungen hatten zur Folge, daß sehr viele Landwirte die noch vorhandenen Vorräte und ebenso größere Mengen Vieh auf den Markt bringen und infolgedessen zu Preisen abgeben mußten, die zum Teil erheblich unter Friedenspreisen standen. Auf der anderen Seite muß die Landwirtschaft ihre Betriebsmittel zu überhöhten Preisen einkaufen. Das Verhältnis wurde allgemein um 25:115-120 angegeben. Das ist der andere Teil der landwirtschaftlichen Krisis. Sie ist zum Teil schon wieder behoben, da durch die Aufhebung des Getreideausfuhrverbotes die inländischen Getreidepreise den Weltmarktpreis erreicht haben. Wäre

das nicht geschehen, dann hätte sich schließlich die Landwirtschaft in derselben Lage befunden, in der sich die Arbeiterschaft, ebenso wie die Kreise der Angestellten und Beamten, schon seit Beginn der Stabilisierungskrisis, ja eigentlich schon seit ungefähr 1916 befinden. Es hätte so vielleicht zwischen Arbeitnehmerschaft und Landwirtschaft wirklich zu jener Notgemeinschaft kommen können, von deren Vorhandensein im deutschen Volke bisher nur in realitären Organen gefabelt worden ist. Eine solche wirkliche Notgemeinschaft hätte vielleicht auch mit Erfolg jenen Preisabbau in allen anderen Wirtschaftszweigen erzwingen können, auf den wir nun seit nahezu drei Viertel Jahren warten und den die Reichsregierung seit dieser Zeit „mit aller Energie“ anstrebt. Die „Gefahr“ solcher Notgemeinschaft hat man rechtzeitig wohl auch in der Reichsregierung erkannt und sich für verpflichtet gehalten, ein solches „Unglück“ zu verhüten, indem man den Anträgen eines wirklichen Preisabbaus in der Landwirtschaft dadurch vorzubeugen sucht, daß man ihr wieder Schutz zölle zubilligt - und damit den „Ausgleich“ mit den zum Preisabbau noch immer nicht bereiteten anderen Wirtschaftszweigen wiederherstellt.

Es ist also die Krisis der Landwirtschaft zum Teil schon wieder behoben. Hinsichtlich der Viehpreise ist das im allgemeinen noch nicht der Fall. Die Gewerkschaften, die ganz allgemein für den Grundbesitz eintreten, daß jede Arbeit ihres Lohnes wert ist, sind dafür, daß auch der Landwirt seine Arbeit entsprechend bezahlt erhält. Wir wollen zwar kein ungerechterweise verteuertes Brot, aber wir verlangen auch nicht billiges Brot auf anderer Leute Kosten. Da wir zugleich aber auch den Schutz zoll noch wie vor mit aller Entschiedenheit ablehnen und uns ganz energisch gegen einen solchen zur Wehr setzen werden, so müssen andere Wege gesucht werden, um die landwirtschaftliche Krise, soweit es sich um eine echte Krise handelt, zu beheben.

Die Vertreter der freien Gewerkschaften im Reichswirtschaftsrat haben dazu den Weg durch den nachstehenden Antrag gewiesen, in dem sie einen brauchbaren Ersatz für den Schutz zoll erblicken. Leider hat der RMV dem Antrage erst nach Entfernung der auf den Schutz zoll bezüglichen Sätze zugestimmt. An der Stellung der freien Gewerkschaften wird dadurch selbstverständlich nichts geändert. Und so bietet denn auch der vorstimmte Antrag noch immer einen brauchbaren Weg, wie sich die Schutz zölle vermeiden lassen. Der abgeänderte Antrag lautet:

„Es sind von der Regierung alle Bestrebungen zu unterstützen, die das Ziel haben, den Zwischenhandel, der erheblich die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Produkte beeinflusst, möglichst auszuscheiden durch Unterstützung der genossenschaftlichen Produzenten- und Verbraucherverbände.“

Bei der Gewährung von Krediten zu einem niedrigen Zinssatz an die landwirtschaftlichen Betriebe ist darauf zu achten, daß die Kredite nur an Betriebe gegeben werden, die produktiv wirtschaften, und ferner müssen die Kredite gerecht verteilt werden. Dabei muß sich die Regierung einen weitgehenden Einfluß auf die Kreditverteilung sichern. Soweit es sich um Handelsunternehmungen handelt, sollen Kredite nicht an die Einzelunternehmungen gegeben werden, sondern nur an Gesellschaften bzw. Verbände, welche die Gewähr bieten, daß die Verteuerung beim Zwischenhandel auf das naturnotwendige Maß beschränkt bleibt.“

Was nun die Gestaltung der Viehpreise für die Landwirtschaft anbetrifft, so gibt es neben den im vorstehenden Beschlusse angebotenen Mitteln noch

einen anderen Weg, der der Landwirtschaft zu besseren Preisen verhilft, ohne daß eine Erhöhung der Fleischpreise damit verbunden ist, der auch schon hier und da besprochen worden ist. Wenn irgendwo, dann ist gerade beim Viehhandel und der Fleischversorgung die Ausschaltung zahlreicher unproduktiver und geradezu schmarobernder Zwischenglieder möglich und notwendig. Das könnte geschehen, wenn die Landwirte ihr Vieh nicht mehr an den Viehhändler verkaufen, sondern es ihm lediglich in Kommission geben, so daß der Händler von dem Verkaufspreise lediglich einen entsprechenden Anteil (Prozente) erhalte. Er hat dann nach wie vor ein Interesse daran, einen möglichst günstigen Verkaufspreis zu erzielen; also der eigentliche Verkäufer des Viehs, das ist dann der Landwirt, erhalte dann auch einen höheren Preis. Heute drängen sich zwischen Vieherzeuger und Fleischverbraucher bis zu einem halben Dutzend Zwischenglieder. Bei einem Fortfall derselben könnte und würde zuletzt auch der Verbraucher durch ein Herabgehen der Preise gewinnen, womit dann beiden Teilen, Landwirt und Verbraucher, geholfen wäre. „Gewerkschafts-Zeitung“.

Der Vertrag von London.

Der Reichskanzler hat dem Reichsrat und dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über die Londoner Konferenz vorgelegt. Der Reichsrat hat in seiner Sitzung am 21. August die Gesetze zum Londoner Vertrag mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen.

Ueber das Mantelgesetz fand noch eine besondere Abstimmung statt. Es wurde mit allen gegen vier Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Vertreter von Ostpreußen und Pommern sowie die beiden Westfalen. Thüringen enthielt sich der Stimmabgabe.

Ministerpräsident Braum gab namens der preussischen Regierung folgende Erklärung ab:

„Das Resultat der Londoner Konferenz, wie es in den dort getroffenen Vereinbarungen aus der Welt liegt, kann uns wenig befriedigen. Es belastet das deutsche Volk und seine Wirtschaft auf das schwerste. Es zwingt uns weiter eine Kontrolle unseres Staats und Finanzwesens auf, die für ein souveränes Volk und ein selbständiges Staatswesen schwer erträglich ist. Es soll auch die missverständliche Bezeichnung des Ruhrgebietes, deren Vertragswidrigkeit ernstlich nicht mehr bestritten werden kann, noch ein Jahr lang andauern. Hierdurch wird Preußen, dessen wichtigstes Wirtschaftsgebiet dabei in Frage kommt, besonders hart berührt.“

Wir haben heute hier darüber zu entscheiden, ob wir als die im Reichsrat vereinigten Vertreter der Länder diesem von der Reichsregierung mit allen allierten Mächten getroffenen Abkommen zustimmen wollen. Es ist wohl die für unser Land und Volk schicksalsschwerste Entscheidung, vor die der Reichsrat seit seinem Bestehen niemals gestellt worden ist.

Da das Abkommen und die aus ihm sich ergebenden Gesetze das Ergebnis der Beratungen mit den ausländischen Mächten sind, ist eine Veränderung des materiellen Inhalts der uns zur Beschlußfassung unterbreiteten Vorlagen ausgeschlossen.

Wir können nur ablehnen oder annehmen. Bei dieser Entscheidung müssen wir uns noch einmal vor Augen halten, vor welche furchtbare Alternative wir gestellt sind.

Die Annahme bedeutet: Schwere wirtschaftliche Lasten für unser ohnehin verarmtes Volk auf Jahre hinaus.

Schwäbisch und Römisch.

Stil und Ornamentik der römischen Kaiserzeit. (Vollendet römischer Stil.)

Nachdruck verboten.

Im dritten und vierten Jahrhundert n. Chr. geht mit der mächtigen Ausbildung des römischen Gemäbes ein gewisses Verkommen und Vernachlässigen der Bedeutung des Zusammenhanges und der Stellung von Säule und Gebälk zu einander einher. Nun werden die im Räume freistehenden, gewölbten Säulen je mit einem eigenen Gebälk als Gewölbträger und -fuß oberhalb des Kapitäl ausgekattelt und die Säulen so vollständig von einander getrennt oder isoliert. Während bei allen erwähnten Formenvereinigungen die Säule mit dem Bogen in ein unmittelbares Verbindung tritt, sondern, wenn auch nur scheinbar, über ihrem Kapitäl das Gebälk oder ein Gebälkstück trägt, tritt der Bogen mit Beginn des vierten Jahrhunderts auch in unmittelbare konstruktive Beziehung zur Säule, d. h. das Gebälk oder Gebälkstück scheidet aus oder eigentlich es wird zwischen die Kapitäl und dem wagrechten Gebälk eine auf den Säulenkapitäl ruhende Bogenstellung eingeschoben, die das nun zum Ge-

sims gewordene Gebälk trägt. Ebenfalls seit dem vierten Jahrhundert hat sich auch eine in den Säulenstellungen späterer Stile gern angewandte Zusammenstellung horizontalen Gebälkes über Säulen mit bogenförmigem Gebälk eingeführt, derart, daß über den mittleren Säulen einer Säulenstellung ein halbtrennförmiger Gebälkbogen liegt, während über den Flankenpartien derselben Säulenstellung wagrechtes Gebälk liegt (— —). Zur dekorativen Gliederung der Decken benutzt der römische Stil so wohl für Kasse wie für gewölbte Decken die aus dem Griechischen übernommene Felderung oder Kassettierung, die auch in die mittelalterliche und spätere Stilepoche überging. Es übertrag sich also die Kassettierung der Flachdecken auch auf das Gemäbe. Entsprechend den vielfachen Bedürfnissen des öffentlichen und Privatlebens hatten die Römer eine Anzahl von Gebäudetypen, die in ihrer Gesamtheit charakteristisch für den römischen Stil sind, sowohl gotesdienliche (Tempel und Gräber) als insbesondere auch Profanbauten (Theater und Amphitheater, Bäder und Katastalanlagen, Triumphbögen), über die schon in der Einleitung von Abwandlung des frühromischen Stiles gesprochen wurde, und sonstige Ehrenbauten. Das römische Theater besteht wie das griechische aus halbtrennförmig amphitheatral aufgebauten Sitzreihen für die Zuschauer und aus dem Szenen- oder Bühnengebäude und stellt

das Vorbild zu unseren modernen Zirkusbauten dar und ähnelt diesen mehr als unser Theaterbau. Das Amphitheater aber war eine den Römern eigentümliche Gebäudeform, bestehend aus der elliptischen (im Grundriß eiförmähnlichen) Arena, dem Lammelpfad für die Kampfspiele zu Pferde und zu Wasser, und den von der Arena nach allen Seiten hin bis zu bedeutender Höhe aufliegenden Sitzreihen, die durch ein System von unterwölbten Etagen und Gängen unter denselben zugänglich waren. Die öffentlichen Bäder (Thermen) für das Volk waren zur Kaiserzeit ausgereitete Gebäude für verschiedene Bedewesen und außerdem für Körperport, geselligen Verkehr und geistige Erholung, so daß sie auch Theater, Bibliotheken usw. umfaßten. Die Villen und Paläste der römischen Kaiser bestanden je aus einer Anzahl auf mächtigen Terrassenanlagen gruppierte, lose zusammenhängende Bauten und wuchsen förmlich zu stadtbühlichen Komplexen von oft riesigen Ausdehnungen an, auf welchen Grundstücken sich Wohnungen, Tempel, Theater, Triumphbögen, Bäder usw. verteilt fanden. Die Siegesfäulen endlich sind gleich dem Triumphbogen aus dem regen Kriegesleben der Römer, das den ganzen Staat beherrschte, hervorgegangen zur dauernden Verherrlichung herrlicher Feldzüge und Siegesdrachen und ihrer Väter. In der römischen Dramatik findet sich, da der römische Stil vom lustlichen und griechi-

Bericht auf erhebliche Steuereinnahmen des Reiches zugunsten der Reparationskasse.

Eine weitgehende Kontrolle unseres Finanz- und Staatswesens durch die auswärtigen Mächte.

Aufgabe des entscheidenden Einflusses des Reichs auf das für unser Wirtschaftsleben wichtigste Verkehrsmittel, die Eisenbahn, und Bericht auf ihre Erträge zugunsten der Reparationskasse.

Duldung ausländischer Einflüsse auf unser Währungs- und Bankwesen. Erhebliche Sonderbelastung unserer Industrie.

Die Annahme bedeutet andererseits aber auch: Sofortige Befreiung etwa 900 000 Deutscher von der fremden Bekohung.

Die Freilassung Hundertler aus den Gefängnissen. Die Rückkehr vieler tausend Ausgewiesener nach ihrer Heimat.

Die Bekohigung der unser Wirtschaftsleben schwer hemmenden inneren Zollgrenzen und der Passchilanen im Westen.

Auslandskredite für Industrie und Landwirtschaft zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur langsame Aufwärtsentwicklung unseres Wirtschaftslebens.

Die Abkehrung bedeutet demgegenüber: Aufrechterhaltung des militärischen Drucks auf die besetzten Gebiete und ihre Bevölkerung, vielleicht gar verstärkte Drangsalierungen.

Sie bedeutet ferner, daß Hunderte von Deutschen, die ihrem Vaterlande Treue bewiesen haben, auf Jahre hinaus weiter in der Gefängnissen schwanden müssen und Laufende von Ausgewiesenen nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren können.

Sie bedeutet weiter: Keine Kredite für Industrie und Landwirtschaft und somit erschreckende Zunahme der Arbeitslosigkeit mit ihren Folgen; bitterste Not und Elend für weite Volkskreise.

Verfall der Währung und der sich daraus für unsere Wirtschaft ergebenden katastrophalen Folgen.

Die Verantwortung für diese zweite Alternative glaubt die preussische Staatsregierung nicht auf sich nehmen zu können und stimmt daher dem Abkommen und den sich aus diesem ergebenden Gesetzen zu. Sie tut das in der bestimmten Erwartung, daß die Reichsregierung alles daran setzen wird, daß das Bos der Bevölkerung, die noch weiterhin gezwungen ist, unter dem Druck der Bekohung zu leben, möglichst gemildert und daß vor allem in den besetzten Gebieten die volle deutsche Verwaltungs- und Justizhoheit wiederhergestellt wird und die Rheinlandkommission und die Bekohungsgruppen sich auf die Magnanimität beschränken, die in lokaler und vernünftiger Auslegung des Rheinlandabkommens zur Gewährleistung der Sicherheit der Bekohungsgruppen unerlässlich sind.

Der Reichstag wird, wie es scheint, diesem Beispiel folgen. Denn die deutschnationale Reichstagsfraktion, bei der die Entscheidung steht, nimmt eine Haltung ein, die eine glatte Wählung des Dames-Gutachten bedeutet. Eins ist jedoch zu beachten. Bei aller heftiger Agitation dieser Kreise leuchtet immer wieder der Selbstdanke durch, daß alle Besen des Londoner Vertrags reiflos auf die Schultern der großen Massen der arbeitenden Bevölkerung umgelegt werden sollen. Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnabbau, Schulkasse für Landwirtschaft und Industrie, Abbau der Sozialgesetzgebung und wie die so neuen Programmpunkte der Heren heißen. Sollen die Hand dazu bieten. Wird das den Herrschaften in Aussicht gestellt, so würden sie, wenn auch schwerer Hergens, alle die schönen Sprüche von der nationalen Selbstachtung, der Liebe zur Heimat, der Entschlossenheit zur Selbstachtung wie zum Schutze

des eigenen guten Rechtes einzuwirken ad acta legen. Die Frage der Verteilung der Lasten aus dem Londoner Vertrag wird einer der Brennpunkte sein, um die sich der Kampf im Reichstag und bei den wahrscheinlich kommenden Reichstagswahlen abspielen wird.

Die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit.

Ueber die Weigerung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, das Abkommen über die Arbeitszeit zu ratifizieren, ist schon viel Tinte und Druckerblut verbracht worden. Neuerdings scheint Dr. Brauns unter dem Druck der Verhältnisse seine abweichende Stellung aufgeben zu wollen. Neben den Forderungen der Gewerkschaften hat wohl die Situation in London dies bewerkstelligt. Der Druck der Industriellen und Großagrarien reichte gerade hin, die bereits eingeführten Verschlechterungen bezüglich der Arbeitszeit durchzubrüden, gegenüber der deutschen Regierung. Der Druck verliert aber jede Wirkung gegenüber den Ententevertretern. Jedenfalls brachte das „Berliner Tageblatt“ am 13. August folgende Meldung über die Absichten des Reichsarbeitsministers:

„Nach den Erklärungen des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns gegenüber den Vertretern der Gewerkschaften und Spitzenverbände ist zu erwarten, daß in der nächsten Woche beim Zusammenritt des Reichstags der Reichsarbeitsminister die Stellung der Regierung zur Frage der Ratifizierung des Arbeitszeitabkommens von Washington darlegen wird. Der Reichstag wird infolgedessen einen Tag früher zusammentreten, als zunächst zur Verabshiedung der Ausführungsgesetze des Daves-Gutachtens vorgesehen war. Vor diesen Gesetzesberatungen sollen also am ersten Sitzungstage die verschiedenen dem Reichstage vorkommenden Interpellationen über die Genfer Arbeitskonferenz und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens behandelt werden. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände werden, wie wir hören, ihre Entscheidung über die eventuelle Durchführung des Volksentscheides im wesentlichen von dem Inhalte der bevorzuehenden Regierungserklärung abhängig machen. In gewerkschaftlichen Kreisen scheint man aber zu erwarten, daß die Regierungserklärung befriedigend ausfallen wird, zumal der deutsche Arbeitsminister sich schon vor einiger Zeit zu einer persönlichen Aussprache mit dem Arbeitsminister von England und Frankreich über die sozialpolitischen Fragen bereit erklärt hatte und diese Aussprache in baldiger Zeit in Köln oder in neutralen Auslande zu erwarten ist. Zur Herbeiführung einer möglichst einheitlichen Beurteilung des Arbeitszeitproblems im Reichstage wird in der nächsten Woche vor Zusammenritt des Reichstags eine Besprechung der den Gewerkschaften nachstehenden Abgeordneten stattfinden.“

Die Kurzarbeiter sollen keine Unterstützung bekommen.

Die Reichsregierung hat am 1. April 1924 die Kurzarbeiterunterstützung beseitigt. Nach der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 18. Februar 1924 kann zwar die oberste Landesbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers und des Reichsministers der Finanzen anordnen, daß die Gemeinden eine Fürsorge für Kurzarbeiter einrichten. Aber nichts von alledem geschieht, obwohl gegenwärtig etwa 1 Million Kurzarbeiter vorhanden sind, die sich in bitterster Not befinden. Die Reichsregierung rüff sich aber nicht. Im Reichstag erklärte der Reichs-

arbeitsminister, für die Kurzarbeiter sind keine Gelder vorhanden. Der Reichstag schloß sich der Regierungserklärung an und lehnte die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung ab. Durch Reichstagsbeschlusse sind die Gemeinden lediglich verpflichtet, den notleidenden Kurzarbeitern eine besondere Fürsorge angedeihen zu lassen. Wenn die Gemeinden die Fürsorge nicht aus eigenen Mitteln durchführen können, erhalten sie auf ihren Antrag einen Zuschuß aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge. Welche Gemeinden für einen Zuschuß in Frage kommen, bestimmt die oberste Landesbehörde. Ueber die Gewährung der Zuschüsse haben dann die öffentlichen Arbeitsnachweise, dort, wo Gefahrengemeinschaften bestehen, die Landesarbeitsämter zu entscheiden. Nach einer Anordnung des Reichsarbeitsministers dürfen die Zuschüsse weder 10 Proz. des Beitragsaufkommens der Erwerbslosenfürsorge, noch 50 Proz. der Beträge überschreiten, die von den Gemeinden für Kurzarbeiter tatsächlich aufgewendet werden.

Daß auf diesem Wege den Kurzarbeitern nicht geholfen werden kann, ist klar. Die Gemeinden werden sich kaum beeilen, den Kurzarbeitern zu helfen. Viele, die es machen wollen, werden es nicht können, weil ihnen die Mittel fehlen. Der Zuschuß, der den Gemeinden aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge in Aussicht gestellt ist, langt nicht hin und her. Die Fürsorge soll sich auf die notleidenden Kurzarbeiter erstrecken. In welchem fürchterlichen Elend sich eine Arbeiterfamilie befinden muß, bis sie als notleidend von der Behörde anerkannt wird, ist bekannt. Wir fürchten, daß nur sehr wenige Kurzarbeiter eine Unterstützung erhalten. Damit kann sich die Arbeiterschaft nicht abfinden. Sie fordert, daß die Kurzarbeiterunterstützung wieder allgemein eingeführt wird. Die Mittel hierzu müssen vorhanden sein und sind auch vorhanden, wenn die Reichsregierung nur will.

Derzig Jahre Zentralverband der Schuhmacher und Verbandstag in Leipzig.

Am 25. August trat in Leipzig der Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher zusammen. Zu gleicher Zeit bildete der Verband auf ein 40jähriges Bestehen der Organisation in der heutigen Form zurück. Eine kleine Echar war es, die sich vor 40 Jahren zusammenschloß, um gemeinsam den Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzunehmen. Die Mitgliederzahl betrug 1874 757, 1913 44 363 und 1923 100 983. Die Verbandsleitung gibt in dem Jahrbuch für 1923 einen Rückblick auf die Entwicklung und die Wirksamkeit des Verbandes. Derselbe schließt mit den Worten: „Ob alle die politischen Rückschläge, die die Arbeiterschaft erlitten hat, im Gegenstoß in kurzer Zeit zurückeroigt werden können, wird von der Reize und dem einigen Kampfwillen der Arbeiterklasse abhängen. In Sturm und Drang betrat unser Verband das fünfte Jahrzehnt seiner Wirksamkeit. Seine Mitglieder haben sich in der zurückliegenden Zeit in zahlreichen Kämpfen erprobt. Im Gedanten daran, wie schwer in der früheren Zeit um den kleinsten Fortschritt gerungen werden mußte, werden sie, dessen sind wir gewiß, auch den kommenden Kämpfen entgegengehen. Sie werden auch siegreich diese kommenden Kämpfe überwinden, wenn sie vor allem hochhalten die bisherige Geschlossenheit, Kollegialität und Disziplin!“

Wäge der Verbandstag der Schuhmacher durch ruhige und zielichere Arbeit dazu beitragen, daß die Vorbedingungen zur Erleichterung dieses Zieles geschaffen werden.

den mit allen anderen Formen auch die des Ornamentes übernahm und umschloß, dieselben Urbilder, die dem griechischen und ionischen Stile zu ornamentalen Vorwürfen dienten, so die Formen der Pflanzen- und Tierwelt angewandt, aber nur ausnahmsweise in unmittelbarer Stilisierung als neue Formenshöpfungen, vielmehr in der Regel als Nach- und Weiterbildung der übernommenen griechischen und römischen Stilisierungen und Ornamente. Den Römern galt als Hauptzweck der Ornamentik und Ornamentanwendung nur das Schmücken des Baues oder der Sache selbst, nicht die künstlerische Befriedigung, die im Entstehen der Kunstform liegt. Das ist der wesentliche innere Unterschied der zwischen der römischen Kunst und der ägyptischen und griechischen Ornamentik besteht. Mit der natürlichen Verteilung des Ornamentes römischen Stiles geht eine geringere Klarheit der Erscheinung des tektonischen Gebäudes einher; dazu kommt noch der Hang nach größerem Naturalismus, der der Stilisierung weniger Einfluß über die Veränderung der Naturformen einräumt als in der griechischen Kunst. Das römische Ornament ist vor allem plastisch oder die gemalte Darstellung eines plastischen Ornamentes. Als Relief ist das römische Ornament zumest ein Hochrelief und kommt einer ganz plastischen Skulptur (Bildhauerarbeit) nahe. Und damit steht im römischen Stil,

zumal in dem spätromischen, die bestimmte und in der Ausübung gereifte Beziehung des Reliefs zu der zu schmückenden Fläche, ganz im Gegensatz zum griechischen Stil. Wo das Ornament in der römischen Kunst nur gemalt wird, ist es mit wenigen Ausnahmen kein Flachornament, sondern eine Darstellung des Plastischen in Farben und selbst am Fußboden nimmt die Darstellung plastischer Ornamente in Mosaik immer mehr zu, obwohl gerade der Fußboden aus vielen Gründen ein Flachornament verlangt. Das Akanthusblatt ist auch das wichtigste pflanzliche Ziermotif der römischen Kunst, zumal in der Monumentalarchitektur, in der römischen Säulenordnung. Im übrigen ist die Reihung der Blatt- und Blütenelemente, die in der römischen Ornamentik zur Anwendung kommen, sowie die Form des Rankenornamentes der römischen wie der griechischen Kunst eigen. Die vom Griechischen ins Römische übertragenen Ornamente erfuhren darüber vielfache Veränderungen. Das Festsitz, das ursprünglich nur Gelegenheitsdekoration war, wurde in seiner Form als geflochtener Kranz von Früchten und Blüten mit Blättern und Bändern, und zwischen Tierköpfen oder sonst betonten festen Punkten des Frieses hängend, in der Monumentalarchitektur übertragen und ist der herausragendste Vertreter einer Dekoration, die mit dem Wesen des damit geschmückten Strukturteiles nichts zu schaffen hat.

Alle Ornamente, die ein Gespannlein und Freischweben, ein Verschließen und Ausbreiten ausdrücken, werden ebenfalls vorwiegend plastisch, d. h. körperhaft gebildet. Außer den kannelierten Säulenschäften kommen unkanellierte fast ebenso oft vor. Die Unterseiten der Deckbalken sind mit plastischen Wandern oder Rankenornamenten in eingerahmten Feldern versehen. Anstatt der Sterne des griechischen Baues treten plastische Hängerkorsetten in die Kassettensfelder. Die bisher besprochenen Ornamente bilden die Ziermittel der Monumentalarchitektur. Wesentlich davon verschieden ist aber der Formenbestand und dessen Verteilung im Triothousbau und dessen Innenausstattung, in Gräbern, Bädern u. a. m., soweit er zur Verzierung der nicht von der plastischen oder körperlich auftretenden Architektur gegliederten Decken und Wandflächen des Innern dient. Der hier einsehende Formenbestand ist mannigfaltiger Art und trägt durchaus einen leicht spielenden Charakter, so wie in der Abhandlung der frühromischen Privathausinnenausstattung schon beschrieben. Das bedeutungsvollste Zierbild des römischen Monumental- und Schmuckbaues ist die menschliche Gestalt, die am Tempel in erster Linie eine kultische Bedeutung und erst in zweiter eine dekorative hat.

Seegras-Farmen.

Ein neuer Industriezweig ist an der kalifornischen Küste gegründet worden, dem man den Namen 'Marikultur' gegeben hat. Daburh tritt der 'Anbau' des Meeres neben den Ackerbau. Es sind riesige Farmen von Seegras, die man in Kalifornien geschaffen hat, denn man hat hier den großen praktischen Wert des Seegrases erkannt. So ist in kaum fünf Jahren die kalifornische Seegrasernte zu einem der wichtigsten Ertragnisse an der Küste des Stillen Ozeans geworden. Es werden jetzt jährlich mehr als eine halbe Million Tonnen von diesen Pflanzen geerntet, die man bis vor kurzem noch für fast nutzlos hielt. Durch neue Verbesserungen hofft man die Ernte bis auf zwei Millionen Tonnen im Jahr zu steigern. Die Wissenschaft hat uns in den Stand gesetzt, eine Anzahl wichtiger Erzeugnisse aus dem Seegras zu gewinnen, so z. B. Kali, Dünger, Viehfutter, Fasern, die zu Geweben versponnen werden und als Postmaterial dienen, sowie schließlich 'Agar-agar', eine aus Seegras gewonnene haltbare Gallerte, die als Ersatz von Gelatine in Arzneimitteln und auch als Nahrungsmittel verwendet wird. Agar-agar, ein farb- und geschmackloser Stoff, gilt als die beste Nahrung für Mikroben, die darauf gezüchtet werden können; aber auch sonst wird es für Medizin verwendet und auch Suppen und Gelees zugesetzt. Ein anderes Seegraserzeugnis ist eine Art von Fischleim oder Hautenblase, die für photographische Filme und ähnliches benutzt wird. Die wichtigste Seegrasart für die industrielle Verwertung ist der große Blat-Lang, der sich an fast allen Küsten findet und gewaltige Pflanzen hervorbringt. Von einer solchen Anpflanzung kann man drei, manchmal sogar vier Ernten im Jahr erhalten. Die dichten Massen werden mit sensiblen Messern geschnitten, die im Wasser arbeiten. Auf diese Weise können in der Stunde von fünf erfahrenen Arbeitern 30 Tonnen Seegras geerntet werden. Die kalifornische Regierung gestattet das Schneiden nur zu bestimmten Jahreszeiten. Die Anpflanzung von Seegras wird in Japan bereits seit uralten Zeiten getrieben, aber sie war niemals in so großem Umfange ausgebaut, wie es jetzt in Kalifornien der Fall ist. Das japanische Seegras ist viel kleiner als das kalifornische und wird von Taucherinnen gesammelt. Trotz dieser primitiven Methoden führt Japan jährlich große Mengen von Seegras und seinen Produkten aus. Die in Kalifornien entstandene 'Marikultur' tritt als ein immer stärker werdender Konkurrent auf.

wigshafen 74 (56), Essen 78 (43), Chemnitz, Leipzig 70 (49), Dresden 69, Hannover 69 (42), Elberfeld-Barmen 68-75 (48-50), Coblenz, Dortmund 68, München 68 (48), Konstanz, Vörrach 67, Augsburg, Bremen, Stettin 65, Freiburg i. B., Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, Schweighingen 64 (48), Stuttgart 64, Magdeburg 62-68, Darmstadt 62, Bielefeld, Braunschweig 61, Baden-Baden-Dos, Bruchsal, Rehl, Kastrat, Singen, Weinheim 61, Nürnberg 60 (42), Cassel, Erfurt, Jülich, Göttingen, Halle, Swinemünde, Wismar 60, Lübeck 59, Weimar 57-60, Wilmshausen 58, Straßburg 58, Bochum, Kiel 57, Stargard 56, Elding, Elmshorn, Hagen, Hildesheim, Oldenburg, Würzburg, 65 Pf. pro Stunde.

Bücherschau.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Th. Leipart. 1. Jahrgang, 2. Heft. 64 Seiten, Preis 1 Mk. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Das sechste erscheinende zweite Heft enthält folgende Aufsätze: Prof. Hugo Einzheimer, Der Kampf um das neue Arbeitsrecht; Robert Schmidt, Die Wirtschaftskrise; Bern Meyer, Direktor der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Die Arbeiterbanken; Clemens Körpel, Der Betriebsrat; S. Aufhäuser, Das Zusammenwirken von Arbeitern und Angestellten; Albert Falkenberg, Die neue Beamtenbewegung; Dr. Otto Lippmann, Arbeitswissenschaft; Richard Wabst, Probleme der industriellen Betriebskontrolle; Rundschau der Arbeit: Arbeitsrecht; Die Selbstverwaltung in der Angestelltenversicherung; Heerschau der Arbeit in den Vereinigten Staaten; Löhne und internationale Konkurrenzfähigkeit; Um die Syndikate in der Montanindustrie; Arbeitsmarkt und Arbeitslosenbeschäftigung; Bodenpolitik.

„Der Mann in der Jugendbewegung“. Von Dr. Viktor Engelhardt. 48 S. Preis 0,50 Mk. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. 1924.

Das Büchlein will Antwort geben auf zwei brennende Fragen: Wo steht heute die Jugendbewegung? — und wohin führt der Weg? Ein kurzer geschichtlicher Überblick schildert das Werden der Jugend und beantwortet die erste Frage mit den Worten des Titels. Viele, die in der Jugendbewegung lebten, sind Mann geworden. So wird der Mann in der Jugendbewegung zum Problem, so wird der Mann in der Jugendbewegung zum Schicksal. — In dieser Antwort auf die erste Frage liegt auch die auf die zweite. Dem Mann in der Jugendbewegung ist die Tat gemäß. Der Weg führt zur Gestalt. Der Tatwille des Mannes verbindet sich mit den Kräften der Epoche, die zur Gemeinschaft drängen. Aufgestaltung der Gestalt ist daher die Kulturgemeinschaft der Zukunft. Diese Gemeinschaft ist kein geistlicher Reichthum — diese Gemeinschaft bedeutet überhaupt erst Kultur. Eine geistige Einheit steht als Ziel vor der Jugend, eine Einheit, in die untertauchend jeder mehr gewinnt, als er jemals mit eigener Kraft erringen könnte. In individualistischer Epoche war die Welt eines Menschen so groß, oder besser so klein, wie er selbst. — in einer Epoche der Gemeinschaftskultur wird sie so groß sein, wie das alle zwingende gemeinsame geistige Gut.

In ästhetischer Absonderung kann Jugend das Kulturziel nicht erreichen. Wille zur Masse tut not, soll aus dem Kulturwillen Kulturwirklichkeit werden. Die Kultur der Zukunft muß alle umschließen oder sie wird den Namen Kultur nicht verdienen. Der Einbruch der Masse in die Jugendbewegung, vor dem wir mit solcher Forderung, die nicht nur Forderung, sondern auch Schicksal ist, stehen, muß die Jugend zu höchster Kraftleistung emporschaffen. Die Jugend schreitet den Weg nicht mehr für sich, sie schreitet ihn, nach des Verfassers Worten, „für alle, die ihr folgen — und die sind Volk und Menschheit. Nur wenn die Jugend die in solcher Erkenntnis liegende Verantwortung fahrt, wird sie ihren Beruf erfüllen, als Führer ins kommende Land.“

Die wenigen Angaben können die Fülle des Inhalts der kleinen Schrift nicht ersetzen. Sie sollen nur andeuten, daß der Verfasser, dem wir auch eine im gleichen Verlag erscheinende empfehlenswerte Geschichte der Jugendbewegung (Viktor Engelhardt: Die deutsche Jugendbewegung als kulturhistorisches Phänomen) verdanken, die große Kultur Aufgabe, vor der die Jugend steht, mit klaren und packenden Worten zeichnet. Jeder, dem es ernst ist um das Schicksal der Jugend, muß die Ausführungen Engelhardts nicht nur lesen, sondern muß sich mit seinen Forderungen des „Mannwerdens“ und des „Willens zur Masse“ auseinandersetzen. Sie bedeuten nicht mehr und nicht weniger — als das Ende der Jugendbewegung — in einer durch sie geschaffenen, neuen, alle umfassenden Kultur.

„Jugend-Liederbuch“. 6. Auflage, 300, bis 350. Tausend, zusammengestellt von Aug. Albrecht. 108 Seiten, Preis kartoniert 0,40 Mk., in Ganzleinen

0,70 Mk. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Das Buch enthält jetzt beinahe 200 Liedertexte. Das neue „Jugend-Liederbuch“ erhielt äußerlich und innerlich ein neues Gewand durch die Zeichnungen von Bente Müller; möge dieser kleine Zierat ebenfalls dazu beitragen, dem Buche neue Freunde zu gewinnen. Das Buch ist im Buchhandel wie direkt vom Verlag zu beziehen.

Lohnbewegungen und Streiks.
Tapezierer-Gewerkschaft streiken weiter. Haltet Zuzug fern!

Verbandsnachrichten.
(Bekanntmachungen des Vorstandes des Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 1. bis 7. September ist der 38. Beitrag fällig. Es ist das Mindeste, was von jedem Verbandsmitglied erwartet werden kann, die fälligen Beiträge pünktlich zu entrichten.

Das ist Ehrensache!
Wir machen die Kesslerer darauf aufmerksam, daß die Verpflichtung, allmonatlich Abzahlungslagen einzuführen, auch für die Zukunft besteht. Verwaltungsstellen, die dem noch nicht nachgekommen sind, müssen das Veräumte sofort nachholen.

Der Vorstand hat beschlossen, ab 1. Oktober die Verbandszeitung wieder unentgeltlich zu liefern. Das kann vorläufig in Anbetracht der schwachen finanziellen Mittel nur in beschränkter Anzahl geschehen und müssen mehrere Mitglieder die Zeitung austauschen. Das Postabonnement wird beibehalten. Wir bitten die Verwaltungsstellen und Einzelmitglieder, auch für die Zukunft davon Gebrauch zu machen. Die Zeitung kann ab 1. Oktober nur noch vierteljährlich zum Preise von 30 Pf. abonniert werden. Dieser Betrag wird gegen Einfindung der Postquittung jurisdiktoriert. Das Bestellgeld von 20 Pf. hat das Mitglied selbst zu tragen.

Achtung! Monatskassier!
Der Stichtag ist Sonnabend, der 30. August. Die Berichtskarten liegen der Zeitungsendung bei und sind genau ausgefüllt bis spätestens zum 5. September einzufenden. Es müssen auch die Orte berichten, die keine Arbeitstufen haben.

Auf Antrag der Ortsverwaltungsstelle Danzig wird auf Grund des § 4 Abs. 2 unseres Statuts das Mitglied **Horst, Karientnummer 80 623,** desgleichen die Mitglieder der Ortsverwaltungsstelle **Bergringwalde** **Otto Albrecht, Buchnummer 1420,** **Richard Faber, Buchnummer 14566** auf Grund desselben Paragraphen aus dem Verbands ausgeschlossen. **Der Verbandsvorstand.**

Berlin. Trotz der verschiedenen Warnungen an die Kollegenchaft im Reich, Berlin zu meiden, da Arbeitsmöglichkeit nicht vorhanden ist, nimmt der Zuzug nach Berlin zu. Aus fast allen Teilen des Reiches erfolgt der Zustrom. Hier angelangt, ist die Enttäuschung groß. Wir erheben nachmals im Interesse der reisenden Kollegen unsere warnende Stimme und ersuchen, Berlin zu meiden und zu umgehen, da die Zahl der heftigen Arbeitslosen so groß ist, daß an eine Arbeitsvermittlung zureichender Kollegen in absehbarer Zeit nicht zu denken ist.

Adressenveränderungen.

Langensfelde. Kass.: Wilhelm Napira, Lomauer Straße 11a.
Hagen. Borl.: E. Wegner, Arndtstr. 47.
Bremen. Borl.: A. Haupt, Sebaldbrück bei Bremen, Trindadstr. 46 I.
Halle. Borl.: Walter Seibt, Große Brunnenstraße 51a.
Werdau. Kass.: Alfred Scheinert, Richterstraße bei Werdau, Reichenbacher Str. 1.
Ostfild. Kass.: Hugo Gömb, Heiliggrabstraße 5 III.

Einige Portefeuller.
In Damenstücken und Besuchsstücken eingeteilt, der sofort gelochten Dauerde Verfertigung wird angefertigt. Ein Exemplar an G. Fränkel, Lederwarenfabrik, Linden, Breite Straße 38.

Stand der Tariflöhne im Monat August.

Die Löhne des Monats Juli wurden deshalb nicht veröffentlicht, weil die Veränderung gegenüber Juni nur gering war.

Lederwarenindustrie (Tariflohn des Facharbeiters über 23 Jahre).

Lohnbezirke: Hainburg 68, Berlin 65, Rheinland-Westfalen 64, Leipzig 64, München 60, Ofenbach-Frankfurt a. M. 60, Württemberg 60, Baden 58, Nürnberg 58, Dresden 58, Hannover 55, Erfurt 54 Pf. pro Stunde.

Lederwarenindustrie (Tariflohn des Nienmattlers über 22 Jahre).

Bremen, Mannheim 75, Berlin 73, Hainburg 73, Frankfurt a. M. 70, Nürnberg 67, Stuttgart 65, Essen 63, Ulm, Stettin 62, Augsburg, Boch, Eßlingen, Kiel 60, Neutlingen 59, Bezirk Köln und Remscheid 58 (außerdem 2 Pf. Sozialzulage pro Kopf für Frau und Kind), Wachen 58, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Zwickau 58, Duisburg, Hannover 57, Erfurt 55, Kassel 53, Brestau, Elbing, Stettin, Barel 50 Pf. pro Stunde.

Fahrzeugindustrie (Tariflohn des ältesten Facharbeiters).

Köln 80, Berlin 78, Hainburg 71, Baulen, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Blauen, Zwickau 68, Glandau, Meerane, Reichenbach, Jitau 64,5, Mannheim 60, Hannover 58 Pf. pro Stunde.

Handwerkersattler (Mindestlohn des ältesten Facharbeiters).

Berlin 65, Hainburg 65, Bremen 65, Frankfurt a. M., Bernau, Brandenburg, Oberswalde, Ludenwalde, Rathenow, Dramburg, Strausberg, Wittenberge 60, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Blauen, Zwickau 58, Annaberg, Baulen, Freiberg, Meissen, Werdau, Jitau 55, Freudenwalde, Triefack, Liebenwalde, Nauen, Neuruppin, Schwebitz, Prenzlau, Wittstock 54 Pf. pro Stunde.

Tapezierergewerbe (Tariflohn der ältesten Facharbeitergruppe. In Klammern Lohn der Näherinnen).

Hainburg 80, Spezialarbeiter 90 (56), Köln a. Rh. 79 (51), Duisburg 77, Düsseldorf 75, Spezialarbeiter 81 (53), Berlin 75 (52), Hainburg 75, Spezialarbeiter 85 (52), Wiesbaden 75 (45), Mannheim-Lud-